

Aktualität und Aktualismus. Anmerkungen zur Aufgabe radikaler Demokratietheorie¹

Oliver Marchart

Abstract Oliver Marchart diskutiert in seinem Beitrag das Verhältnis radikaler Demokratietheorie zu Zeitdiagnose sowie die Forderung nach Aktualität, die an Politische Theorie oft herangetragen wird. Dazu unterscheidet er zwischen der an Machiavelli und Gramsci geschulten Analyse der aktuellen Lage einer hegemonialen Konjunktur und einem schlagwortgetriebenen Aktualismus, der sich in keine theoriegeleitete Distanz zu seinem Gegenstand setzen kann. Darüber hinaus wird empfohlen zwischen dem Zeit- und dem Theoriekern radikaler Demokratietheorien zu unterscheiden. Es wird argumentiert, dass letztere zwar in einer spezifischen historischen Konjunktur entstanden sind, ihr Theoriekern – die Forderung nach einer Demokratisierung der Demokratie und die These vom Primat des Politischen – jedoch nach wie vor Gültigkeit besitzen.

In his contribution, Oliver Marchart discusses the relationship of radical democratic theory to a diagnosis of the times and the demand for actuality often addressed to political theory. To this end, he distinguishes between the analysis of the current situation of a hegemonic conjuncture, trained on Machiavelli and Gramsci, and a buzzword-driven actualism that cannot put itself at a theory-guided distance from its subject. Furthermore, it is recommended to distinguish between the temporal and the theoretical core of theories of radical democracy. It is argued that although the latter emerged in a specific historical conjuncture, their theoretical core – the demand for a democratisation of democracy and the thesis of the primacy of the political – is still valid.

1 Funded by the European Union (ERC, PREDEF, 101055015). Views and opinions expressed are however those of the author only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Research Council Executive Agency. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.

Einleitung

Die Freiburger Tagung »Transformationen des Politischen. Radikale Demokratietheorie für die 2020er Jahre«, die im Oktober 2022 am Freiburger *Institute for Advanced Studies* (FRIAS) stattfand, hatte zum Ziel, radikale Demokratietheorien auf den Aktualitätsprüfstand zu stellen. Und was wäre dem Geist radikaler Demokratietheorien angemessener als ein solcher Gestus selbstreflexiver Befragung? Inwieweit werden diese Theorien in ihren Grundzügen und Anwendungsweisen der politischen Lage der 2020er Jahre gerecht? Die Frage scheint berechtigt, unterscheidet sich der zeithistorische Kontext, in dem radikale Demokratietheorien entwickelt wurden, doch unzweifelhaft von unserem – wenngleich damit noch nicht gesagt ist, worin und wie sehr. Viele der einschlägigen Varianten radikaldemokratischer Theoriebildung, wie sie mit Namen wie Jacques Rancière, Etienne Balibar, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe oder Miguel Abensour verbunden wird, entstanden vor dem Erfahrungshintergrund der späten 1970er und 1980er Jahre – und auch die etwas älteren Ansätze von Claude Lefort und Cornelius Castoriadis gewannen in diesem Zeitraum an Einfluss und Sichtbarkeit. Angesichts des zeitlichen Abstands wurden im *Call for Papers* der Freiburger Tagung eine »kritische Revision der Theorien des Politischen« und eine »Reaktualisierung radikaldemokratischer Ansätze für die 2020er Jahre« gefordert. Dieser Forderung liegt die Beobachtung zugrunde, dass im letzten Jahrzehnt die von radikaldemokratischen Ansätzen vehement eingeforderte Dynamisierung des Politischen – die Beschwörung von politischer Konfliktualität – sich in Form eines aggressiven Rechtspopulismus falsch verwirklicht habe, weshalb, so die Schlussfolgerung, die liberale Ordnung nun besser verteidigt denn gestört oder angegriffen werden müsse. Damit werden Einwände gegen Theorien radikaler Demokratie gebündelt, die so oder ähnlich immer wieder zu hören sind. Radikale Demokratietheorien, heißt es, entstammten einer Zeit der »Postpolitik«, also den Blair- und Schröder-Jahren und ihrer Politik »jenseits von links und rechts«; einer Zeit, in der noch der von Chantal Mouffe diagnostizierte »Konsens in der Mitte« herrschte (Mouffe 2007). Angesichts des damaligen postpolitischen Konsenses mögen radikaldemokratische Theorien die Rückkehr des Politischen, mithin des Konflikts zurecht beschworen haben, heute aber, wird gesagt, seien wir mit einer enormen Ausweitung der Kampfzone konfrontiert: vom Erfolg autoritärer Populismen über eine tatsächliche oder vermeintliche Polarisierung im Zuge der Corona-Proteste bis hin zur Wiederkehr des Faschismus im Wolfs- oder im Schafspelz. Daraus wird der Schluss gezogen, es gebe heute ein Zuviel an Konflikt, nicht ein Zuwenig. Die zentrale Forderung nach konfliktiver Politik sei hinfällig oder zumindest hinterfragungswürdig. Und sofern die liberale Ordnung nun von den Falschen attackiert werde, müsse angesichts einer drohenden »illiberalen Demokratie«, wenn nicht eines antiliberalen Neofaschismus, der Schulterschluss mit Liberalismus und liberalen Werten vollzogen werden.

Nun bin ich von dem Einwand, wir wären mit einer Situation überbordender Konfliktualität konfrontiert, nicht überzeugt, und von der scheinbar naheliegenden Schlussfolgerung, wir müssten angesichts der Bedrohung westlicher liberaler Ordnungen von Liberalismuskritik Abstand nehmen, noch weniger. Zwar gehören die Zeiten eines umfassenden neoliberalen Konsenses, sollte der je geherrscht haben, zweifellos der Vergangenheit an. Es müsste jedoch angesichts der tatsächlichen oder scheinbaren Reantagonisierung gefragt werden, *welcher Art* die gegenwärtigen Konflikte sind. Radikale Demokratietheorien haben schließlich nie für Konflikt völlig ungeachtet seiner Natur und Ausrichtung plädiert. Sie haben sich nie für den nackten Konflikt um seiner selbst willen ausgesprochen. Das hieße radikale Demokratie mit einer Apologie des Hobbes'schen Naturzustands zu verwechseln. Schon im demokratischen Republikanismus Machiavellis geht es um den Konflikt zwischen *popolo minuto* und *popolo grasso*. Ähnlich lenkt der Marxismus unseren Blick auf den Klassenkampf, der in der Erfahrung der Neuen Sozialen Bewegungen in eine Reihe nicht-klassenbasierter Kämpfe ausfächert, wie sie im Zentrum des radikaldemokratischen Entwurfs von Laclau und Mouffe stehen (Laclau und Mouffe 1991). In all diesen Fällen sind Konfliktparteien politisch definiert, ist Konfliktualität folglich alles andere als unbestimmt. Auch heute geht es offensichtlich nicht darum, jede Konfrontation unesehen abzufeiern. Nicht nur, weil wir nach Pegida und Corona-Protesten gelernt haben, dass auch Antidemokraten protestieren – eine Erkenntnis, die bereits seit dem Aufstieg des Faschismus verfügbar gewesen wäre. Es stellt sich auch die Frage, inwieweit es sich bei vielen der aktuellen Auseinandersetzungen nicht um inszenierte Scheinkonflikte handelt. Die verschiedenen Spielarten eines nativistischen Rechtsextremismus, der das soziale Konfliktpotential entschärft, indem er es in einen Schaubühnenkonflikt um Migration und Identität transformiert, treten in den westlichen liberalen Demokratien zumeist großmäulig als Systemalternativen auf, sind dann aber ohne weiteres bereit, als Mehrheitsbeschaffer für konservative und christdemokratische Parteien herzuhalten, wie zuletzt etwa in Österreich, Schweden, Finnland und Spanien. Das Resultat ist nicht etwa eine Alternative zum neoliberalen Status quo, sondern dessen zunehmend autoritäre Absicherung. Genausowenig ist es auf der anderen Seite des politischen Spektrums gelungen, den Status quo nachhaltig herauszufordern, da sich linke und radikaldemokratische Alternativen wie Syriza, Podemos oder *La France Insoumise* letztlich als zu schwach erwiesen.

Dass der Neoliberalismus durch Finanz- und Wirtschaftskrise und die vielbeschworene Rückkehr des Staates im Zuge der Pandemiebewältigung final geschwächt und damit Kritik am Neoliberalismus hinfällig geworden wäre, kann also bezweifelt werden. Ein trivialer Grund besteht schon allein darin, dass er von Anfang an als Projekt der *elite capture* angelegt war und die neoliberal eingefangenen Funktionseliten in Wirtschaft, Medien, Denkfabriken, Universitäten und politischen Parteien nach wie vor im Amt sind und sich als dogmatisch unirrätierbar

erwiesen haben. Selbst die meisten rechtsextremen, oder wie der mediale Euphemismus lautet: rechtspopulistischen Parteien, sind, jedenfalls in den westlichen EU-Mitgliedstaaten, wirtschaftspolitisch militant neoliberal und sozialdarwinistisch. Natürlich erfordert die Legitimationskrise des Neoliberalismus politische Adaptionen: von sozialen Zugeständnissen bis hin zur Umstellung auf einen noch autoritäreren Neoliberalismus.² Aber nichts ist vom Tisch. Kaum wurde etwa das Dogma vom ungehinderten Freihandel durch Trump und in gewissem Maße Biden vorübergehend aus dem neoliberalen Kanon aussortiert, kämpft schon die SPD darum, das Freihandelsabkommen mit den USA zu reanimieren, und eine grüne Außenministerin tourt durch Lateinamerika, um dafür zu werben, Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten wieder aufzunehmen. Da sage noch jemand, es gebe keinen Konsens in der Mitte. *There is no alternative, still.* Trotz Legitimationskrise: Der Paradigmenwechsel, den die neoliberale Revolution der 1980er Jahre herbeigeführt hat, könnte noch lange nicht zurückgerollt werden. In den westeuropäischen liberalen Demokratien bewegen sich die meisten der angeblich alternativen Angebote, einschließlich des Angebots der AfD, nach wie vor im Rahmen des zwar autoritär adaptierten, aber grundsätzlich intakten neoliberalen Paradigmas.³

Sind also radikaldemokratische Theorien revisionsbedürftig? Bleiben wir zunächst auf der diagnostischen Ebene. Ganz unabhängig von der Frage, ob nun der neoliberale »Konsens in der Mitte« der Vergangenheit angehört oder nicht, sehen wir uns heute einem antidemokratischen und depolitisierenden hegemonialen Block gegenüber, der eine Radikalisierung demokratischer Forderungen noch viel dringlicher erscheinen lässt als zu den Zeiten Blairs und Schröders.⁴ Es wäre ein analytischer wie politischer Fehler, in den rechtsextremen »Systemalternativen«, die, wie von Chantal Mouffe vorhergesagt, von genau diesem Konsens im Zentrum befeuert wurden, etwas wesentlich anderes sehen zu wollen als die faschistischen Fußtruppen des neoliberalen Machtblocks selbst, der im Zweifelsfall auf immer

-
- 2 Wobei der Neoliberalismus natürlich immer schon autoritär war, nicht zufällig hat er seinen sozialesperimentellen Ausgang von Pinochets Chile genommen.
 - 3 Dass noch länger mit dem Neoliberalismus, dessen Abgang von überenthusiastischen Beobachtern bereits besungen wurde, gerechnet werden muss, lässt sich auch aus der gelungenen Konstitutionalisierung neoliberaler Kernideen erschließen – man denke nur an die Verankerung von »Schuldenbremsen« in Verfassungen (so flexibel im Notfall damit umgegangen werden mag – die Rückkehr zur Austeritätspolitik ist damit immer schon programmiert).
 - 4 Depolitisierend wirkt die Formation nicht nur aufgrund der Inszenierung von politischen Pseudokonflikten zwischen Alternativen, die keine sind, oder eines neoliberalen Konstitutionalismus, der essentielle *policies* dem Spiel des politischen Konflikts zu entziehen versucht, sondern auch aufgrund der Moralisierung und/oder gouvernementalen Pazifizierung politischer Konfliktlagen durch den von Nancy Fraser so bezeichneten »progressiven Neoliberalismus«.

autoritärere Modi der Beherrschung umzuschalten gewillt ist. Deshalb sollte man nicht unbedacht in den Chor jener einstimmen, die die vom sogenannten Rechtspopulismus belagerte liberale Demokratie dem Untergang geweiht sehen. Unablässig sind wir mit dem Versuch unserer Rekrutierung für die Verteidigung eines liberalistischen Minimalmodells von Demokratie konfrontiert, wobei doch die Gespenster, die das Modell bedrohen, gerade von jenen gerufen wurden, die jede tatsächlich *demokratische* Alternative als illegitim, »illiberal«, unvernünftig, unrealistisch, populistisch, ja extremistisch, wenn nicht kommunistisch denunzierten, während sie sich zugleich mit Rechtsextremen arrangierten oder deren Aufstieg förderten.

Wenn wir also nach der Aktualität radikaler Demokratietheorie fragen, dann wüsste ich nicht, was sich so substantiell gebessert haben sollte, dass das Projekt einer Demokratisierung der Demokratie *ad acta* gelegt werden könnte. Die Ursache sozialer und politischer Verwerfungen besteht nicht in einem Mangel an Liberalismus, sondern in einem Mangel an Demokratie, zu der in einem modernen, vom Liberalismus nicht okkupierten Verständnis auch ein Projekt ökonomischer Egalisierung und Solidarisierung zählt. Mehr denn je sind, so betrachtet, die real existierenden liberalen Ordnungen, in denen wir im globalen Westen leben, demokratisierungsbedürftig (von den autoritären Ordnungen anderswo ganz zu schweigen). Mehr denn je ist ein Projekt radikaler Demokratisierung notwendig. Es empfiehlt sich daher, zu unterscheiden zwischen der Zeitgebundenheit der Entstehung radikaler Demokratietheorien und der Gültigkeit ihrer Grundpostulate.

Zeit- und Theoriekern radikaler Demokratie

Dazu ist zunächst der verbreitete Eindruck zu korrigieren, Theorien radikaler Demokratie wären tatsächlich aus der historischen Erfahrung der Linken mit der Third Way-Politik von Clinton, Blair und Schröder hervorgegangen. Schon dieser Eindruck ist falsch. Zwar haben sich zentrale Vertreterinnen radikaler Demokratietheorie an der neoliberalen »Postpolitik« u.a. der Third Way-Sozialdemokratie abgearbeitet, aber festnageln auf diese Konjunktur lässt sich nur deren Zeitdiagnose von damals, nicht ihr demokratietheoretischer Einsatz. Ihre zentralen Postulate sind tatsächlich älter als der Third Way-Neoliberalismus, gingen sie doch aus den Erfahrungen der neuen emanzipativen Kämpfe der 1970er und frühen 1980er Jahre hervor. Sie besitzen somit, was ihren Entstehungskontext betrifft, einen Zeitkern, wovon die Gültigkeit ihres programmatischen Postulats einer notwendigen Demokratisierung der Demokratie, die über die Vermittlung durch einen ökonomistisch verkürzten Klassenkampf hinausgeht und neuere Kämpfe etwa des Feminismus, des Antirassismus oder der Ökologiebewegung einschließt, unberührt bleibt. Der Zeitkern ist vom Theoriekern zu unterscheiden. Neben (1) dem programmatischen Postulat der *Demokratisierung der Demokratie* zählt zu diesem Theoriekern (2) das

ontologische Postulat eines *Primats des Politischen*. Auch dieses Postulat geht aus derselben historischen Erfahrung einer aufbrechenden marxistischen und parteisozialistischen Orthodoxie hervor. Es ist das Ergebnis einer verbreiteten Abwendung vom marxistischen Ökonomismus und also vom Primat des Ökonomischen. Denn basierend auf dem ontologischen Primat der Ökonomie war von den Nachlassverwaltern der ersten Sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, ein Primat des Klassenkampfes – verstanden als Kampf zwischen gesellschaftlichen Akteuren, die über ihre Stellung im Produktionsprozess definiert waren – abgeleitet worden. Mit dem Entstehen der Neuen Sozialen Bewegungen hatte diese Erzählung historisch an Plausibilität verloren. Im Primat des Politischen, der den des Ökonomischen ablöste, drückte sich also ein neu erwachter Wunsch nach Handlungsmacht jenseits ökonomischer, historischer oder dialektisch-materialistischer Garantien aus.

Man sieht, wie Zeitkern und Theoriekern voneinander getrennt und doch historisch vermittelt sind. Einerseits steht die Idee eines ontologischen Primats des Politischen für sich und muss – schon um den ökonomischen Apriorismus marxistischer Orthodoxie zu entkommen – universelle Geltung beanspruchen, denn ansonsten könnte ja nicht von einem *ontologischen* Primat gesprochen werden.⁵ Ontologisch gedacht sind *alle* Gesellschaften politisch instituiert und politisch reinstituierbar – von daher die Gleichursprünglichkeit von Konflikt und Kontingenz als unhintergehbare quasi-transzendente Bedingungen sozialer Ordnung als solcher (Marchart 2010). Andererseits kann erst im Zuge der historischen Erfahrung verallgemeinerter Konfliktualität und Fungibilität sozialer Ordnung die Idee von der ontologischen Natur des Politischen, oder technisch gesagt: des Antagonismus aufkommen. Das heißt aber gerade nicht, dass nur in den 1970er- und 1980er Jahren Gesellschaften antagonistisch verfasst gewesen wären und es früher nicht waren oder heute nicht mehr sind. Das zu behaupten wäre schlicht absurd. Stattdessen müssen wir, um nicht in Widerspruch zur Behauptung zu geraten, alle Konflikte seien immer Konflikte zwischen konkreten politisch definierten Parteien, zwischen einer ontischen Ebene konkreter Konflikte und einer ontologischen der Konfliktualität schlechthin, also des Antagonismus, differenzieren.⁶

Das hat Folgen, wenn es darum gehen soll, radikaldemokratische Theorien auf ihre Revisionsbedürftigkeit hin abzuklopfen. Als revisionsbedürftig im strengen Sinn können zunächst nur überholte Zeitdiagnosen betrachtet werden. In dieser Hinsicht können sicher frühere Diagnosen kontrovers diskutiert und, wie gerade in Bezug auf die Resilienz neoliberaler Politiken angedeutet, divergierende Einschätzungen ausgetauscht werden. Doch bleibt davon der eigentliche Theoriekern

5 Ontologie ist die Lehre von der Natur des – hier: sozialen – Seins im Allgemeinen.

6 Es versteht sich in einem konstruktivistischen Ansatz von selbst, dass diese Parteien dem Konflikt nicht vorgelagert sind, sondern *als* Parteien durch ihn hervorgebracht werden.

radikaler Demokratietheorien weitgehend unberührt. Radikale Demokratietheorien, die ihr Hauptanliegen nicht länger in der Demokratisierung der Demokratie fänden, wären keine. Und auch das sozialontologisch garantierte Primat des Politischen kann nicht einfach aufgegeben werden. Denn wird abgesehen von der Annahme, dass soziale Ordnung aufgrund ihrer unüberwindbaren Kontingenz durch politisches Handeln konfliktiv (re-)instituierbar ist, wird auch das Ziel einer Demokratisierung von Demokratie hinfällig. Im Extremfall befänden wir uns dann in einer Welt, in der unser Handeln durch historische Zwangsgesetze, den ökonomischen Profitimperativ, unaufhaltsame technologische Entwicklungen oder schlicht die Gene vorherbestimmt wäre und Politik somit auf das Management des Unausweichlichen beschränkt bliebe. Eine Welt, in der dem Politischen kein ontologischer Primat zukommt, ist eine Welt ohne Demokratie. Revisionsbedürftig wäre der Theoriekern nur dann, wenn wir übereinkämen, dass das Politische aus der Welt verschwunden ist oder retrodeterministisch durch einen Primat des Ökonomischen abzulösen wäre. Die Ubiquität von Protesten – von *Black Lives Matter* über Klimaproteste bis hin zum Kampf gegen die Pensionsreform Macrons – scheint mir das Gegenteil zu belegen. Immer wieder brechen Antagonismen auf, die scheinbar als überwunden galten, während neue Antagonismen entstehen. Es zeugt also keineswegs von einem verstiegenen Hang zur Metaphysik, eine Ontologie des Politischen vertreten zu wollen; es zeugt von politischem Realismus.

Politische Theorie und Zeitdiagnose

Wenn also das Projekt einer Demokratisierung der Demokratie nach wie vor nicht passé, ja wenn es sogar dringlicher denn je ist, dann stellen sich strategische Anschlussfragen. Die klassische Frage: *Was tun?*, die gelegentlich an radikale Demokratietheorien adressiert wird, ist freilich nur vermittelt theorierelevant. Theorie wird uns keine unmittelbare Antwort darauf geben können, wie in einer konkreten politischen Situation vorzugehen ist. So wünschenswert das wäre, es hieße Theorie mit Erwartungen überfrachten, die sie nur enttäuschen kann, denn politische Handlungsschritte lassen sich nicht theoretisch ableiten, sondern nur *in praxe* erproben – bei allen Risiken, die das mit sich bringt. Die Zeiten, in denen ein Politbüro, das sich im Besitz der »korrekten« Theorie wähnte, politische Tageslosungen ausgeben konnte, sind klarerweise vorbei. Aber was kommt danach? War an den Besitz der korrekten Theorie im marxistischen Dispositiv noch eine Art Heilserwartung geknüpft, sofern ja die theoretisch verbürgte Einsicht in die Gesetze der Geschichte und der Ökonomie den unausweichlichen politischen Erfolg verbürgte (weshalb selbst intellektuell wenig beeindruckende Gestalten wie Stalin oder Kim Il Sung vielbändige theoretische Gesamtwerke hinterließen), so kippte diese Theoriegläubigkeit in ihr Gegenteil: eine über die politischen Lager hinweg geteilte Theorieskep-

sis, wenn nicht Theorieverachtung. Im herrschenden liberalen Utilitarismus, der nur gratifiziert, was von unmittelbarer Nützlichkeit ist, bleibt für Theorie, die ihren praktischen Wert nur mittelbar erweisen kann, kein Platz. Wie selbstverständlich wird von Theoriebildung erwartet, dass sie auf einer Flughöhe verbleibt, auf der keine Arbeit am Begriff, ja am besten überhaupt keine intellektuelle Anstrengung erforderlich ist, um Texten (von möglichst geringem Umfang) einen Gebrauchswert abzugewinnen zu können. Nicht nur an den neoliberalisierten Universitäten verschwinden Theorieprofessuren. Auch auf der Linken droht Theoriegläubigkeit in Antiintellektualismus umzuschlagen. Bücher wie Hardts und Negris *Empire* (Hardt und Negri 2002) oder zuvor *Hegemonie und radikale Demokratie* von Laclau und Mouffe konnten noch an der regulativen Idee vom großen »theoretischen Wurf«, wie sie im ausklingenden marxistischen Dispositiv Geltung behielt, partizipieren. Aber dieses Genre ist längst von kleinformatiger Manifest- und aktivistischer Handreichungsliteratur abgelöst worden. Nicht dass letztere nicht auch ihre Berechtigung hätte, aber zur Arbeitsgrundlage solcher Literatur gehört, dass gerade keine erwähnenswerte Theorieanstrengung notwendig ist, um sie zu konsumieren.⁷

Was für den praktischen Anwendungswert von Theorie gilt, das gilt auch für deren diagnostischen Anwendungswert. So ist es nicht Aufgabe von Politischer Theorie, ein Analyseinstrumentarium bereitzustellen, wie es in den empirischen Sozialwissenschaften zu finden wäre. Was dort unter dem Titel der »Theorien mittlerer Reichweite« firmiert, ist keine Theorie. Es wäre ein Irrtum zu glauben, Politische Theorie müsste sich als Magd der Empirie verdingen. Im Gegenteil. Durch die systematische Entfaltung eines Kategorienapparats zieht Theorie eine Distanz zu ihrem Gegenstand ein und eröffnet so überhaupt erst den Blick auf ihn. Politische Theorie geht also nicht im Gegenstand – der Politik oder einer bestimmten politischen Situation – auf, kann aber umgekehrt auch nicht umstandslos aus ihm heraustreten und wie ein Gebirgsadler über der Politik schweben. Wäre politische Theorie einfach nur Teil des Handgemenges, wäre sie nicht Theorie; würde sie sich aber als jedem Handgemenge enthoben imaginieren, wäre sie keine *politische* Theorie. Erst im prekären Spalt zwischen einem argumentativ zu entfaltenden Theorieapparat und einer konkret zu bewertenden politischen Situation eröffnet sich ein Raum für das theoretisch informierte Urteilsvermögen. Erst dieser Spielraum, der jede unmittelbare Anwendung von Theorie verhindert, eröffnet die Chance auf erhellende Einsicht und praktisches Urteil.⁸

7 Das Bild ist zugegebenermaßen überspitzt. Denken lässt sich nicht abstellen; und der Wunsch, zu verstehen, ist an die Konstruktion von und die Arbeit mit Theorien gebunden. Nach wie vor bilden sich beispielsweise *Kapital*-Lesekreise, auch wenn das wohl vor allem dem Fetischcharakter des Marx'schen Hauptwerks geschuldet ist.

8 Wobei jede Einsicht nur Einsicht *aus Sicht* der jeweiligen Theorie ist und Plausibilität gewinnt nur vor dem Hintergrund des sie stützenden theoretischen Apparats.

Auf Theorien radikaler Demokratie übertragen, lässt sich vor dem Hintergrund dieser Überlegungen feststellen, dass es nicht Aufgabe radikaler Demokratietheorie sein kann, soziologistische, philosophistische oder essayistische Zeitdiagnosen abzuliefern, wie sie den Buchmarkt ohnehin überschwemmen. Die wöchentliche Ausrufung immer höher gehängter Großdiagnosen, von etwa Byung Chul Han mit Titeln wie *Müdigkeitsgesellschaft*, *Transparenzgesellschaft* oder *Palliativgesellschaft* zu unfreiwillig selbstparodistischer Meisterschaft gebracht, hat mit ernsthafter Zeitdiagnose wenig zu tun. Genauso verfehlt wäre es, die Aufgaben für radikale Demokratietheorie dann eben tiefer hängen und etwa regelmäßige politische Tageskommentare einfordern zu wollen. Sosehr es gegebenenfalls nötig werden kann, wenn man sich dieser pathetischen Formel bedienen möchte, die Stimme zu erheben – radikaldemokratische Autoren setzen sich im Regelfall doch deutlich ab von der Sozialfigur des »engagierten Intellektuellen«, wie sie Jean-Paul Sartre verkörperte, der seine Stimme täglich und zu allem erhob. Was radikaldemokratische Autorinnen wie Mouffe, Rancière, Balibar und andere auszeichnet, ist ein Denken »in der Konjunktur«, wie dies bei Althusser hieß, und damit ein Denken historischer Aktualität. Dieses Denken von Aktualität ist nicht zu verwechseln mit Aktualitätsbewirtschaftung, wie im Fall der ad hoc-Stellungnahmen von Medienintellektuellen zu Tagesereignissen oder Modethemen. Aktualität ist im konjunkturellen Sinn zu verstehen als ein strategisches Kräfteverhältnis, dessen jeweiliger Zustand aus Verschiebungen in der hegemonialen Formation hervorgeht. So kann Chantal Mouffe in ihrem programmatischen Buch zum Linkspopulismus von einem »populistischen Moment« sprechen, wenige Jahre später aber in ihrem Manifest zur »grünen demokratischen Revolution« eine Schwächung dieses Moments konstatieren (Mouffe 2018; Mouffe 2022). Damit ist gerade nicht gemeint, wie Kritikerinnen es Laclau, Mouffe und anderen Vertretern der Essex School zu Unrecht vorrechnen, dass die Zeit des linken Populismus endgültig vorbei wäre und alle entsprechenden Projekte gescheitert wären. Populismus, als eine theoretisch verbürgte Grunddimension aller Politik (Laclau 2005), kann als solcher gar nicht »scheitern«, sondern nur konjunkturell auf und abebben. Die diagnostische Kunst besteht im theoriegeleiteten Urteil darüber, ob der populistische Moment – der Moment einer populistischen Intervention in das Kräftefeld der Politik – gekommen ist oder nicht.

Der überbrückende Spalt zwischen Theorie und Praxis

Das führt uns vom Problem der Analyse- zurück zu dem der praktischen Anleitungsfunktion von Theorie: zur Frage, was zu tun sei. Kann Theorie strategisches Veränderungshandeln anleiten? Nun ist die diagnostische Urteilkraft, die sich im Spielraum zwischen Theorie und Gegenstand einnistet, identisch mit der politischen Urteilkraft, die strategisch orientiertes Handeln erfordert. Kein Zweifel: Theorie lässt

sich nicht unmittelbar in politisches Handeln übersetzen – wo dies versucht wird, ist der Misserfolg meist vorprogrammiert. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht eine mittelbare Rolle für politisches Handeln übernehmen kann. Obwohl sie keine unmittelbare Anwendungsfunktion besitzt, hat sie doch Orientierungsfunktion, sofern sie den Handelnden einen Plausibilitäts- und Selbstverständigungsrahmen zu Verfügung stellt – kein Netz und keinen doppelten Boden, aber doch einen Rahmen zur strategischen Beurteilung von Handlungsoptionen in einer gegebenen Konjunktur.

Bleiben wir beim Beispiel des Linkspopulismus. Vor dem Hintergrund einerseits der politischen Proteste der spanischen 15-M Bewegung von 2011/2012 und der Populismustheorien Gramscis und der Essex School andererseits entwickelte eine Gruppe von Mitarbeiterinnen der Institute für Philosophie und für Politikwissenschaft der Madrider Complutense Universität die sogenannte »Podemos Hypothese«: die Hypothese, dass die konjunkturellen Verwerfungen innerhalb der hegemonialen Formation Spaniens Raum für eine linkspopulistische Option in der Parteienlandschaft geschaffen hatten – und tatsächlich wurde diese Hypothese im praktischen Experiment der Europawahl 2014 und der spanischen Parlamentswahlen von 2015, 2016 und, mit geringerem Erfolg, 2019 bestätigt. Es wurde also ein »populistischer Moment« zunächst korrekt diagnostiziert und die praktische Schlussfolgerung gezogen, es müsse nun eine Partei gegründet werden. Nur kennt die Welt der Politik keinen Stillstand. Nach der Fusion von Podemos mit der Traditionslinken der *Izquierda Unida* sah Inigo Errejón, der wohl überzeugteste Laclauianer in der Podemos-Führung (Errejón und Mouffe 2016), dass die neue Formation *Unidas Podemos* (UP) die linkspopulistische Strategie aufgegeben hatte und in Wahlen enttäuschte. Er verließ Podemos und gründete mit Manuela Carmena 2019 die zunächst erfolgreiche Liste *Más Madrid* und die weniger erfolgreiche nationale Liste *Más País*. Immer klarer deutete sich an, dass der »populistische Moment« abzuklingen drohte und die hegemoniale Formation sich wieder stabilisiert hatte. Für die vorgezogenen Neuwahlen von 2023 schließlich entwickelte er mit der populären Arbeitsministerin Yolanda Díaz, die von dem gescheiterten ehemaligen UP-Führer Pablo Iglesias sabotiert worden war, das neue Projekt *Sumar*, eine Plattform der Kräfte links der Sozialisten, der sich nach mühsamen Verhandlungen auch Unidas Podemos anschließen gezwungen sah, um nicht gänzlich aufgegeben zu werden.

Nichts an dieser noch lange nicht abgeschlossenen Saga ging unmittelbar aus einer Theorie hervor, und doch bot die Hegemonie- und Populismustheorie der Essex School einen Intelligibilitätsrahmen für politische Überlegungen und strategische Entscheidungen. Sie erlaubte den Akteuren, eine reflexive Distanz zum tagespolitischen Geschäft zu gewinnen, und verhinderte so zunächst, dass sie sich gänzlich im Präsentismus der Platzbesetzungen oder im Klein-Klein taktischer Winkelzüge verhedderten. Sie stattete die Akteurinnen mit einer auf der Analyse der Konjunktur basierenden Handlungsperspektive aus. An keiner Stelle kann Theorie allerdings

die praktische Beurteilung einer Konjunktur präjudizieren. Jedes politische Urteil, jede strategische Entscheidung ist eine Wette – im besten Fall eine theoretisch informierte Wette: ein *educated guess* im Raum des Praktischen. Ob ein populistischer Moment besteht oder im Vergehen begriffen ist, lässt sich zwar vor einem sinnvollen Theoriehintergrund vermuten, ist letztlich aber nur praktisch zu erweisen. Darin besteht das Paradoxe des Spalts zwischen Theorie und Praxis. Ohne eine Theorie des Populismus (und persönliche Erfahrungen in der populistischen politischen Kultur Lateinamerikas, wie im Fall Errejons) hätte man möglicherweise nicht einmal die »Podemos-Hypothese« entwickeln können. Der Spalt trennt Theorie von Praxis, und nur *weil* er trennt, das heißt: gerade weil theoretische Distanznahme praktisch produktiv ist, dient er zugleich als Brücke. Dazu muss freilich auch umgekehrt Politische Theorie praktisch informiert und an sozialen Kämpfen orientiert bleiben. Sie darf nicht zu idealer Theorie und damit »Politischer Philosophie« im akademischen Sinne verkommen. Politische Theorie, abgespalten von und doch gebunden an politisches Handeln, hat genausowenig zu schaffen mit Schreibtischentwürfen von idealen Welten der Gerechtigkeit wie sie unvermittelt nutzbare Handlungsempfehlungen liefern könnte.

Radikaldemokratische Binnendifferenzierungen

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen. Vor allem anderen noch ist radikale Demokratietheorie eines: Theorie. Wer sich von Theorie als solcher verabschieden will, kann das tun, läuft damit aber Gefahr, im Immanentismus unreflektierter Aktion zu versinken, erfordert doch jede über den Tellerrand von ad hoc-Aktionen hinausblickende Strategie bereits so etwas wie Theorie im weitesten Sinn, ob diese nun gut ist oder schlecht, ausgearbeitet oder rudimentär, zielführend oder selbstzerstörerisch. Wer bewusst an Theorie festhält, wird vermutlich versuchen, eine passable, halbwegs ausgearbeitete und irgendwie zielführende Theorie zu entwerfen, ohne sich von ihr Handlungsgarantien zu erhoffen.⁹ Das gilt selbstverständlich auch für radikale Demokratietheorien. Radikale Demokratietheorie sollte einen kategorialen Apparat bereitstellen, der es ermöglicht, die politische Konjunktur sowie die strategischen Handlungsoptionen innerhalb dieser Konjunktur auf realistische Weise zu beurteilen. Dazu kommt, sofern wir am Anspruch innerer Schlüssigkeit festhalten wollen, dass die Prinzipien praktischer Politik nicht in offenem Widerspruch zum theoretischen Begriff des Politischen, der einer bestimmten Theorie zugrunde

9 Mehr ist ohnehin nicht zu erreichen, denn eine, wie man im Jargon der Forschungsförderung sagen würde, »exzellente« Theorie, die in jeder Hinsicht die volle Punktezahl einfährt, existiert nicht.

liegt, stehen sollten, und dass sich dieser theoretische Begriff wiederum im Realitätscheck praktischer Politik bewähren sollte, ohne dass deshalb Politik und das Politische schon ineinander aufgingen. Der Begriff der politischen Differenz verweist auf dieses reversible oder chiasmatische Verhältnis zwischen »ontischer« Politik und dem »ontologischen« Politischen (Marchart 2010). Das lässt sich natürlich auch auf das Verhältnis von radikaldemokratischer Politik – als einer auf Demokratisierung der Demokratie gerichteten Praxis – und radikaldemokratischer Theorie übertragen. Ein radikaldemokratischer Begriff des Politischen sollte keine weltfremde Vorstellung von Politik propagieren, und die strategische Ausrichtung radikaldemokratischer Politik sollte nicht von einer idealisierenden Vorstellung von der Natur des Politischen angeleitet sein.

Die Frage der Theorie, bzw. der je spezifischen Ausbuchstabierung eines Begriffs des Politischen in seinem Verhältnis zu Politik, ist also nicht allein von akademischem Interesse. Und tatsächlich unterscheiden sich radikaldemokratische Ansätze zum Teil erheblich voneinander. Es ist hier nicht der Ort, um einen detaillierten Überblick zu geben, aber halten wir das Offensichtliche fest: radikaldemokratische Ansätze bilden keinen einheitlichen Theoriekorpus. Das heißt nicht, dass sich nicht etwas Ordnung in das Gewirr bringen ließe. Ich schlage vor, radikale Demokratietheorien entlang der beiden Kriterien der *demokratischen Zielbestimmung* und des *politischen Mitteleinsatzes* zu unterscheiden. Legt man diese Kriterien an, öffnet sich eine Wasserscheide. In Bezug auf die Zielvorstellung von Demokratie, also das Demokratieverständnis, lassen sich Theorien, die ein Ideal der Herrschaftsfreiheit verfolgen, von solchen unterscheiden, für die Macht- und Herrschaftsverhältnisse ein unauslöschliches Merkmal von Gesellschaft darstellen. Tendieren erstere zu einem an-anarchischen, wenn nicht anarchistischen Verständnis von Demokratie, so stehen letztere in einer Tradition, die sich eher auf Gramsci und Machiavelli zurückführen lässt. In Bezug auf die Wahl der politischen Mittel lassen sich wiederum jene Theorien, die der explosiven Revolte oder dem Aufstand den Vorzug geben, von solchen unterscheiden, die im politischen Handeln eher die Mühen der Ebene und ggf. die Rolle von Institutionen hervorheben. Bei genauerer Betrachtung wird man eine erstaunliche Koinzidenz zwischen beiden Gruppen feststellen. Wer ein eher an-archisches und anti-staatliches Verständnis von Demokratie hat (wie etwa Miguel Abensour, Jacques Rancière oder Sheldon Wolin), besitzt im Regelfall auch ein insurrektionistisches Politikverständnis. Wer ein im politischen Sinne »realistisches« Verständnis von Demokratie hat, wird im Mitteleinsatz eher auf die Notwendigkeit verweisen, einen gegenhegemonialen Kollektivwillen zu konstruieren oder plebejische Institutionen einzurichten (wie etwa Ernesto Laclau und Chantal Mouffe oder John McCormick, sofern man ihn der radikalen Demokratie zurechnen möchte).

Ich möchte an dieser Stelle nicht in eine Diskussion dieser Theorien einsteigen, sondern vielmehr von vornherein eine Seite beziehen und die systematischen Konsequenzen dieser Entscheidung andeuten. In Bezug auf das Demokratieverständnis

erscheint mir die an-archische oder anarchistische Auslegung an der spezifischen Natur von Demokratie vorbeizugehen. Ist die Abwesenheit aller Herrschaft tatsächlich die zentrale Zielbestimmung von Demokratie? Weshalb dann nicht gleich von Anarchie sprechen? Und in Bezug auf die politischen Mittel lässt sich ebenso die Frage stellen, ob, wenngleich Protest am Anfang jeder politischen Mobilisierung steht, ein bloßer Insurrektionismus politisch nachhaltige Effekte haben kann. Reicht es aus, hegemoniale Machtstrukturen einfach nur aufzubrechen oder müssen nicht auch gegenhegemoniale Strukturen befestigt werden? Für die Errichtung einer demokratischen Gegenhegemonie wird sich der Anti-Etatismus mancher Theorien als Sackgasse erweisen (Marchart 2020). Genauso ist jeder Insurrektionismus politisch strategieblind. Strategien müssen entworfen werden, Mehrheiten organisiert, politische Widerstände überwunden, die »Festungen und Kasematten« (Gramsci) zivilgesellschaftlicher wie staatlicher Institutionen eingenommen und transformiert in einem Prozess, den Gramsci als *Staat-Werden* bezeichnet hat. Kurzum: die horizontale Politik sozialer Bewegungen, so notwendig sie für die Demokratisierung der Demokratie ist, muss organisatorisch in die Machtvertikale übersetzt werden. Nicht alle radikale Demokratietheorien bieten das notwendige Rüstzeug, um zu verstehen, dass horizontale Politikformen längerfristig nur erfolgreich sind, wenn sie in einem »orthogonalen« Verhältnis zu vertikalen Politikformen stehen.

Demokratie als Herrschaftsform: Das Prinzip der Volkssouveränität

Die Entscheidung für die gramscianische und machiavellische Seite der radikal-demokratischen Binnendifferenz erlaubt es, ein in sich halbwegs stimmiges Theorie-kondensat zu entwickeln. Das kann hier nur in Umrissen dargestellt werden. Wird postfundamentalistisch akzeptiert, dass eine Gesellschaft, die jede Form von Macht, Herrschaft und Konfliktualität überwunden hätte, schlicht undenkbar ist,¹⁰ dann liegt auf der Hand, dass Demokratie nicht mit Herrschaftsfreiheit synonym sein kann. Auch unter – durchaus namhaften – Vertreterinnen radikaler Demokratietheorie kommt es zur Verwechslung von Demokratie mit Herrschaftsfreiheit. Doch Demokratie ist nicht Anarchie, weil sie nicht der Name für die Abwesenheit eines jeden Grundes (einer jeden *archê*) ist. Sie ist vielmehr im *Demos* selbst gegründet. So wie sie nicht Herrschaftslosigkeit bedeutet, bedeutet sie auch nicht die Herrschaft des Beliebigen oder der Beliebigen, wie Rancière in einer Verwechslung von Kontingenz mit Arbitrarität nahelegt, weshalb er auf das antike Lotteriesystem zurückgreift (Rancière 2011), sondern Demokratie bedeutet, wie man weiß, schlicht Herr-

10 Der Sammelname für dieses Phänomenbündel lautet Antagonismus, worunter jene ontologische Instanz zu verstehen ist, die jede gesellschaftliche Ordnung zugleich formt und verformt (Marchart 2013).

schaft (*kratos*) des Demos. Modern und nicht antik ausgelegt, führt der Wortsinn zu einem demokratischen Begriff von Volkssouveränität – ein Konzept, das von vielen auf der anderen Seite der Wasserscheide abgelehnt wird. Politisch führt er zum demokratischen Verständnis von Populismus als der praktisch-politischen Präfiguration einer künftigen Herrschaft des Demos.¹¹

Dazu muss freilich die spezifische Natur moderner Demokratie akzeptiert werden. In der modernen demokratischen Revolution finden Kontingenz- und Konfliktaffirmation zusammen.¹² Die gesellschaftliche Ordnung wird als veränderbar wahrgenommen, ja ihre Veränderung wird geradezu politisches Programm. Und das geschieht, sofern Veränderung radikal sein soll, im Medium des Konflikts. Die *Revolution* ist die Figur, mit der die Moderne Konflikt wie Kontingenz gleichermaßen affirmiert. Genauso drückt sich das Politische, darauf lässt sich im Anschluss an Ernesto Laclau hinweisen (Laclau 2007; Marchart 2019), modern im Spalt der Repräsentation aus, also nicht im Lotteriemodell oder in Unmittelbarkeitsvorstellungen von direkter oder gar liquider Demokratie. Denn es ist gerade die Nichtidentität von Repräsentant und Repräsentierten, die garantiert, dass die politische Auseinandersetzung – als Kampf partikularer Akteure um die Repräsentation des Allgemeinen – weitergeht. In diesem Sinne ist moderne Demokratie ein Regime der Affirmation des Politischen. Und schließlich unterscheiden sich moderne demokratische Prinzipien grundsätzlich von antiken wie feudalständischen Werten, weil sie auf *Universalisierung* angelegt sind. Lefort (1990) hat das an den Menschenrechten als dem »generischen Prinzip« der Demokratie exemplifiziert. Einmal instituiert ist die Legitimationsbasis gelegt für immer weitere Gruppen, die für sich das Recht auf Rechte einfordern. Aber diese Ausweisungslogik beginnt schon bei der modernen Idee von Demokratie als Herrschaft des Demos. Denn wer ist dieser Demos? In der antiken Demokratie sind es die männlichen Bürger ungeachtet ihres Besitzstatus. Das war historisch betrachtet zwar fortschrittlicher als das Zensuswahlrecht der liberalen Regime des 19. Jahrhunderts, aber es existierte in Athen kein normativer An-

11 Radikaldemokratischer Populismus wäre so zu verstehen als ein Demokratisierungsprojekt im Namen eines potentiell oder künftig herrschenden Demos, wie immer dessen Herrschaft dann ausgestaltet wäre.

12 Hieran erkennt man den Unterschied zur antiken Demokratie. Zwar kann man den Griechen wohl Kontingenzbewusstsein zuschreiben, aber Konfliktaffirmation mit Sicherheit nicht. Natürlich, der griechische *Agon*, der regelgeleitete Wettstreit, auf den Arendt so große Stücke hielt, wird seit Burckhardt und Nietzsche als wichtiges Merkmal der griechischen Welt verbucht und ist mit den an Arendt geschulten agonistischen Demokratietheorien zurückgekehrt. Der innere Antagonismus aber, der in Griechenland im Schreckbild der *stasis* – des Bürgerkriegs – auftrat, traf dort weder auf Affirmation noch Anerkennung. Im Gegenteil, für die Griechen drohte die *stasis* das Band der Polis zu zerreißen und die Eintracht der Polis-Bürger zu zerstören. Eine Schreckensvision. Für Griechenland galt also: Kontingenzakzeptanz: ja. Konfliktaffirmation: nein.

spruch, die Grenzen des Demos auszuweiten. Selbst den Sklaven und Metöken, die aufseiten der attischen Demokraten 403 v.d.Z. gegen das Heer der Dreißig Oligarchen gezogen waren, gestanden die siegreichen Demokraten kein Bürgerrecht zu. Nichts an der attischen Demokratie war auf Universalisierung des Demos angelegt.

Mit der modernen Erfindung des Prinzips der Volkssouveränität ändert sich etwas Grundsätzliches. Die Grenzen des Demos beginnen zu wandern; es gibt keinen letztinstanzlichen normativen Grund, an dem sie ein für allemal festgezurt werden könnten.¹³ Wie kommt das? Das Subversive am modernen Begriff der Volkssouveränität entspringt, anders als man denken mag, nicht seiner durch liberale Institute eingeschränkten Geltungskraft, sondern gerade der von der Fürstensouveränität ererbten absoluten, uneingeschränkten und unteilbaren Geltung. Absolutheit, Uneingeschränktheit und Unteilbarkeit sind ja die klassischen Kriterien von Souveränität. Daher kann es strenggenommen nur *einen* Souverän geben, und genau darin bestand der Kampfwert des gegen den spätabolutistischen Monarchen ins Feld geführten Prinzips der Volkssouveränität. Ist der liberale Konstitutionalismus bereit, die Macht mit dem König zu teilen, so besteht der Demokratismus der Jakobiner und dann der Radikalen des 19. Jahrhunderts auf dem Prinzip unteilbarer Volkssouveränität. Allerdings findet das Volk, das den Platz eines entkörpernten Monarchen einnimmt, vor dem Hintergrund der Unverfügbarkeit letzter Gründe nun seinerseits zu keiner endgültigen Verkörperung, es bleibt unverfügbar (wie von Claude Lefort beschrieben) und übernimmt doch die Funktion eines politischen Allquantors. Die Herrschaft des Demos ist die Herrschaft *Aller*. Ganz so wie im klassischen Slogan der *Sans Papier*-Bewegung: Alle, die hier sind, sind von hier. Denn das Prinzip der Volkssouveränität ist genauso wie die demokratischen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auf Ausweitung angelegt, es gehorcht einem Universalisierungsimperativ. Im Unterschied zu antiken oder feudalistischen Werten, die wie korporative Freiheiten ja auch nur im Plural zu Verfügung standen, handelt es sich jetzt um universalisierungsfähige, ja universalisierungsbedürftige Prinzipien. Und der, wenn auch per se unerreichbare Grenzfall von Universalisierung ist das Absolute. Das heißt: jede Bewegung demokratischer Universalisierung hat zum imaginären Zielpunkt ein Absolutum vollständiger Universalisierung, selbst wenn dieser Horizont, wie jeder Horizont, nicht einholbar ist.

Die Antinomie von Politik und Ethik der Demokratie

Nur die imperative Natur ihrer Prinzipien erklärt die Sogwirkung moderner Demokratie – die Antike besaß keine Sogwirkung. Demokratische Volkssouveränität wird gerade aufgrund ihres scheinbar überkommenen absolutistischen Erbes zum

13 Für die moderne Politikwissenschaft stellt sich damit das sogenannte »boundary-Problem«.

politischen Allquantor, der sicherstellt, dass tendenziell *Alle* in den Genuss von Freiheits-, Gleichheits- und Solidareffekten kommen. Darin gründet der normative Prinzipienhorizont der Demokratie. Am Ende aller Tage, auch wenn dieses Ende nie kommen wird, ist Freiheit wirklich demokratisch nur als Freiheit Aller, Gleichheit nur als Gleichheit zwischen Allen, und Solidarität nur als Solidarität Aller mit Allen. Deshalb existiert im Vorstellungshorizont des demokratischen Radikalismus des 19. Jahrhunderts auch keinerlei Zielkonflikt zwischen diesen Prinzipien – anders als im liberalen Denken, in dem im Regelfall ein Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit unterstellt wird. Im Gegenteil, der Erfinder der demokratischen Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die heute an allen öffentlichen Gebäuden Frankreichs prangt, ist niemand anderer als Robespierre, der am 18. Dezember 1790 der *Société des amis de la Constitution* vorschlug, das Wappen und die Flagge der Nationalgarde solle die Worte tragen: »Le Peuple Français« und darunter »Liberté, Égalité, Fraternité«. Die politischen Prinzipien des demokratischen Horizonts sind untrennbar verknüpft mit dem Prinzip der Volkssouveränität.¹⁴

Allerdings: der absolute Anspruch – ich würde ihn als ethischen Anspruch bezeichnen –, den Demokratie an uns stellt, ist real nicht einlösbar. Nicht weil Demokratie aufgrund ihrer messianischen Natur immer *à venir*, immer im Kommen bliebe, sondern weil jeder Demokratisierungserfolg politisch errungen werden muss und hierzu Grenzziehungen, Antagonismen und Ausschlüsse erforderlich sind. Eine absolute Demokratie, die alle einschliesse, auch die Feinde der Demokratie, hätte das Politische ausgelöscht, ja wäre tatsächlich mit Anarchie identisch, und es wurde ja gesagt, dass Demokratie kein herrschaftsfreier Raum sein kann. Demokratie ist die *Herrschaft* des Demos. Und der Demos kann nur an das Ziel der Selbstherrschaft gelangen, wenn er die Herrschaft über jene anstrebt, die ihn beherrschen. Damit aber schließt er die Herrschenden, bezeichnen wir sie mit dem klassischen Begriff der Oligarchie, aus dem Demos aus. Weniger als in der Verabschiedung aller Herrschaftsverhältnisse besteht radikale Demokratie, verstanden als Demokratisierung, in der Umwälzung – buchstäblich: der Revolution – der bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

Um es in eine paradoxe Definition zu gießen: Demokratie ist *die Herrschaft der Herrschaftsunterworfenen*. Das ist der *politische* Zug von Demokratisierung als Durchsetzungshandeln. Dieser wird freilich konterkariert durch den ethischen Zug radikaler Demokratie. Denn wird der universalistische Anspruch der demokratischen Prinzipien ernst genommen und der Demos als ein Allquantor verstanden, müssten die (vormals) Herrschenden, ja müssten selbst die Feinde der Demokratie in den Demos eingeschlossen werden. Aber gerade weil es normativer Anspruch

14 Lacanianisch könnte man sagen, die drei Register der Freiheit, Gleichheit und Solidarität werden in einem borromäischen Knoten vom Symptom des Demos – »Le Peuple français« – zusammengehalten.

von Demokratie darin besteht, letztlich *Alle* in die Kategorie des Demos zu inkludieren, muss jeder dennoch unvermeidbare Ausschluss hinterfragt werden. Doch steht dieses ethische Gesetz der Selbsthinterfragung in einem unauflösbar antinomischen Verhältnis zum politischen Gesetz der Selbstdurchsetzung des demotischen Herrschaftsanspruchs. Demokratie ist also, unter postfundamentalistischen Vorzeichen, die Herrschaft des Demos und zugleich die Hinterfragung dieser Herrschaft.¹⁵

Dass die liberalen westlichen Demokratien dem Anspruch auf potentiell unendliche Universalisierung der demokratischen Prinzipien nicht genügen, ist kein Geheimnis. Der eingeschränkte Geltungskreis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität entspricht zwar unserer liberaldemokratischen Realität, läuft der demokratischen Revolution aber zuwider, in welcher Demokratie ja schließlich vor dem Hintergrund universeller, nicht beschränkt gültiger Prinzipien erkämpft werden sollte. Auch wenn keine politische Ordnung ohne konstitutives Außen denkbar ist und irgendeine Art von Exklusion unausweichlich bleibt, tut das dem Geltungsanspruch eines inklusiven Volkssouveränitätsprinzips keinen Abbruch. Es zwingt vielmehr zum fortgesetzten Kampf um die Erweiterung seines Anwendungsbeereichs – etwa durch einen inklusiven demokratischen Populismus. Gerade weil der Anspruch auf Einschluss Aller in die Kategorie des Demos aus praktischen wie theoretischen Gründen uneinholbar ist, fordert er uns die Anstrengung ab, den demokratischen Horizont, unter je gegebenen Umständen, so weit wie möglich auszudehnen. Nichts anderes bedeutet: Demokratisierung der Demokratie.

Radikale Demokratie, verstanden als eine Politik, die an die Wurzeln der Demokratie reicht, ist in dieser Hinsicht keine beliebige Spielart von Demokratie, so wie etwa Liberaldemokratie, Sozialdemokratie, Christdemokratie usw. Sie klatscht der Demokratie nicht eine ihr äußerliche Weltanschauung auf, um zu einem Kompromiss oder Amalgam zwischen dieser und der Demokratie zu gelangen, sondern sie schöpft aus der Tradition der demokratischen Revolution selbst – aus keiner anderen. Dazu muss diese Tradition natürlich erst rekonstruiert und von ihren in die Irre führenden Verknüpfungen mit anderen Ideologemen befreit und so als eigenständiges Paradigma politischen Denkens wieder zu Tage befördert werden. Das beginnt beim auf den Jakobinismus zurückgehenden demokratischen Radikalismus der Revolutionen des 19. Jahrhunderts und endet bei den Theorien heutiger radikaler Demokratie (Marchart 2021). Das zentrale Postulat dieser Unternehmung lautet: Demokratie findet ihren Grund in sich selbst und ist nicht, wie der Liberalismus behauptet, nur im Kompositum einer liberalen Demokratie zu haben. Statt eine Son-

15 Ich betone das deshalb, weil diese ethische Komponente der Selbsthinterfragung eine Resource ist, die aus der demokratischen Tradition selbst gewonnen ist und nicht von außen, durch ein liberales, letztlich antidemokratisches Institutionenkorsett auferlegt wurde, wie es ein demophober Liberalismus ersonnen hat.

derform von Demokratie ist radikale Demokratie deren einzige Form. Ich denke hierin liegt die Aufgabe der radikaldemokratischen Theoriebildung in den 2020er Jahren: die eigenständige Kontur radikaler Demokratie – und das heißt Demokratie als solcher – zu rekonstruieren und so Demokratie zu präfigurieren.

Fazit: Die Aktualismusfalle

Ebendiese Arbeit wird blockiert von der gängigen Verwechslung des – immer vermittelten – politischen Gebrauchswerts von Theorien mit theorieähnlicher, von echter Theoriearbeit jedoch weitgehend unberührter Aktualitätsbewirtschaftung. Tatsächlich ist der Ruf nach Aktualität zumeist dem Wunsch geschuldet, den Aktualismus medialer Debatten oder schlagwortgetriebener Theoriemoden zu bedienen. Unter Aktualismus verstehe ich eine Spielart jener Ideologie des Immediatismus und Präsentismus, des zeitlich wie räumlich Unvermittelten, wie sie in medialen, kulturbetrieblichen und aktivistischen Zusammenhängen verbreitet ist. Die intellektuellen Produkte des Aktualismus finden Absatz, weil sie der schnellen Taktung medialen Agenda-settings entsprechen. Ihr natürliches Habitat ist die Bahnhofsbuchhandlung. Oder sie finden, sofern sie politischer gestrickt sind, ihren Weg in politisierte bis hin zu aktivistische Szenen, weil sie unmittelbare Einsicht in soziale Problemlagen oder sofortige praktische Wirksamkeit verheißen. Immer steht im Zentrum der Verheißung das Angebot auf direkten – intellektuellen oder politisch-praktischen – Zugriff auf den Gegenstand. Damit verunmöglicht es die Ideologie des Aktualismus, einen Schritt zurück zu tun und eine gewisse Distanz zum Gegenstand der Beobachtung einzuziehen, dem man nichtsdestotrotz verhaftet bleibt. Als Reflexionsmittel ist Theorie ein Medium der Distanznahme, das dennoch gesellschaftlichen Kämpfen eingelagert bleibt. Wer also Immediatismus, Präsentismus und Aktualismus zurückweist, verfällt damit nicht notwendigerweise der Illusion wertneutraler Wissenschaft oder einer akademischen *désinvolture*. Theorie, und Politische Theorie umso mehr, ist immer parteiisch – doch heißt das nicht, dass sie im Handgemenge unterginge.

Wie ich in diesem Artikel argumentiert habe, erlaubt erst theoriegeleitete Distanznahme, die politische Lage, verstanden als aktuelle Konjunktur der hegemonialen Formation einer Gesellschaft, realistisch zu beurteilen. Was Machiavelli als »verità effettuale della cosa« bezeichnet hat, was also von wirklicher Aktualität ist, lässt sich nicht aktualistisch festpinnen. Das ist von Relevanz, weil uns die theoriegeleitete Analyse einer hegemonialen Konjunktur zu ganz anderen Einsichten gelangen lässt als ein Aktualismus, der über den Tellerrand der unmittelbaren Situation nicht hinausblickt. Nur aktualistische Kurzsichtigkeit kann uns beispielsweise zu der merkwürdigen Überzeugung verleiten, das neoliberale Paradigma läge in seinen letzten Zügen und »der Staat« wäre zurückgekehrt (so etwa Gerbaudo 2021), nur

weil gerade pandemiebedingt eine Menge Geld in die Hand genommen wurde und bereits im Zuge der Finanzkrise der immer schon unpopuläre Neoliberalismus noch unpopulärer geworden ist. Man muss schon ein Stück herauszoomen, um zu erkennen, dass sich der Neoliberalismus nicht etwa vor unseren Augen auflöst, sondern nur taktische Anpassungen vollzieht, um sich umso brutaler in den gesellschaftlichen Institutionen zu verankern. Wie Gramsci gewarnt hat: ist ein hegemonialer Block einmal errichtet, begleitet er uns für lange Zeit. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass bröckelnde Zustimmung mit autoritärem Zwang kompensiert wird. Vor diesem Hintergrund erscheint die Verschärfung sozialer Konfliktlagen nicht so sehr als Endkampf zwischen der »liberalen Demokratie« hier und einer tödlichen Bedrohung durch »den Rechtspopulismus« dort. Sie deutet vielmehr auf einen Schaukampf zwischen unterschiedlichen parteipolitischen Artikulationsformen eines autoritären Neoliberalismus *innerhalb* einer liberalen Demokratie, die niemals so liberal war, wie sie sich zu verkaufen versuchte. Schon der Liberalismus hat als politische Ideologie eine – oft verleugnete – autoritäre Schlagseite (wie ließe sich sonst der Wähleraustausch zwischen AfD und FDP erklären?), und umso mehr die institutionalisierte Herrschaft des Liberalismus, die wir Demokratie nennen, obwohl sie mit dem Ziel der Bändigung und Minimierung demokratischer Ansprüche eingerichtet wurde.

Radikale Demokratie, so sie ihrem Namen gerecht wird, stellt also keineswegs nur eine weitere Spielart liberaler Theorie dar. Sie führt uns vielmehr am Liberalismus vorbei zurück zu den ursprünglichen Prinzipien von Demokratie, von denen her überhaupt erst Demokratisierung gedacht werden kann. Damit steht sie quer zur (neo-)liberalen Gegenwart einer nur scheinbar bereits verwirklichten Demokratie. Aktualismus bleibt in dieser Gegenwart gefangen. Jeder Aktualismus besitzt einen uneingestanden Status quo-Bias und verhindert jenen Schritt zurück oder voraus, der Demokratie als das erkennen lässt, was überhaupt erst herzustellen wäre durch fortgesetzte Prozesse der Demokratisierung. Auf diese Weiser blockiert der aktualistische Ruf nach »Aktualität« unser politisches Vorstellungsvermögen. Wo Aktualität bloß bewirtschaftet wird, ist jedes Denken von Alternativen zum Status quo bereits stillgestellt.¹⁶ Weder lässt sich so die aktuelle Lage einer hegemonialen Konjunktur erfassen noch wird dem Unzeitgemäßen radikaler Demokratie Raum gegeben. Denn radikale Demokratie steht in unzeitgemäßer Distanz zur globalen Gegenwart des Autoritarismus in seiner illiberalen wie in seiner liberalen Gestalt. Genuine Aufgabe radikaler Demokratietheorie wäre dann wohl, im Rückgriff auf die gründenden Prinzipien des demokratischen Horizonts, dessen historische Sogwirkung die gegenwärtigen Autoritarismen zu drosseln versuchen, dem vorzugreifen, was nichts anderes wäre als Demokratie selbst.

16 Die »Alternative für Deutschland« ist, als extremistische Form des autoritären Neoliberalismus, markantester Ausdruck von Alternativlosigkeit.

Literatur

- Errejon, Ínigo, Chantal Mouffe (2016) *Podemos. In the Name of the People*, London: Lawrence and Wishart.
- Gerbaudo, Paolo (2021) *The Great Recoil. Politics after Populism and Pandemic*, London: Verso.
- Hardt, Michael, Antonio Negri (2002) *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Laclau, Ernesto (2005) *On Populist Reason*, London und New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007) *Emanzipation und Differenz*, Wien: Turia+Kant.
- Laclau, Ernesto, Chantal Mouffe (1991) *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien: Passagen.
- Lefort, Claude (1990) »Menschenrechte und Politik«, in Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 239–280.
- Marchart, Oliver (2010) *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Laclau, Badiou und Agamben*, Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2013) *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2019) »Don Alejandro's fantasy: radical democracy and the negative concept of representation«, in Lisa Disch, Mathijs van de Sande, Nadia Urbinati (Hg.): *The Constructivist Turn in Political Representation*, Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 141–62.
- Marchart, Oliver (2020) »Apologie des Etatismus. Vorschläge zur Behebung des institutionentheoretischen Defizits radikaler Demokratie«, in Steffen Herrmann, Matthias Flatscher (Hg.): *Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 169–202.
- Marchart, Oliver (2021) »Die Vorgeschichte radikaler Demokratie. Historisch-programmatische Anmerkungen zum Stand politischer Theorie«, in Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen, Martin Saar (Hg.): *Das Politische (in) der Politischen Theorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 21–42.
- Mouffe, Chantal (2007) *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Vision*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2018) *Für einen linken Populismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2022) *Towards a Green Democratic Revolution. Left Populism and the Power of Affects*, London und New York: Verso.
- Rancière, Jacques (2011) *Der Hass der Demokratie*, Berlin: August Verlag.